

Entwicklung der Albanischen Frage nach Rambouillet

I. Hintergründe der albanischen Frage

Die albanische Frage – die Kosovo-Problematik bildet gewissermaßen ihre motorische Achse – reflektiert den Wunsch der Albaner, ihre nationalen Rechte so zu verwirklichen, wie das den anderen Balkanvölkern vergönnt war. In der weitesten Interpretation ist es der Wunschtraum, in einem einheitlichen Nationalstaat zusammenzuleben. Diese Erwartung blieb unerfüllt. Sie kollidiert mit den Interessen der benachbarten Länder und findet international nicht die erforderliche Unterstützung. Im engeren Bezug geht es um die Statusfrage des Kosovo: Selbstbestimmung mit dem Anspruch auf Lostrennung versus Souveränitätsanspruch und territoriale Integrität Serbiens bzw. der Bundesrepublik Jugoslawien. Sie berührt eine ungeklärte Grundfrage der Korrelation von Völkerrechtsprinzipien.

Die Geschichte der darum entbrannten Kämpfe ist lang. Es handelt sich um einen Jahrhundertkonflikt. Die markanteste Zäsur erfolgte mit dem Zerfall des Osmanischen Reiches. Unter maßgeblichem Einfluß der europäischen Mächte war es nach den Balkankriegen zu einer Neuaufteilung des Balkans gekommen. Die Albaner standen ohne eine äußere Schutzmacht am Ende der Schlange der nach Unabhängigkeit strebenden Völker. Aus der Erbmasse der vier osmanischen Verwaltungsbezirke (*Vilajets*) mit albanischer Besiedelung kamen nur die westlichen Gebiete in den Bestand des 1912 gegründeten und zunächst nicht überlebensfähigen albanischen Staates, während das Kosovo (Amselfeld) und mazedonische Gebiete Serbien zugeschlagen wurden und die übrigen albanischen Siedlungsgebiete in Nordgriechenland und Montenegro verblieben. Damals galt die Prämisse der außerbalkanischen Mächte, einen Pufferstaat zu schaffen, der Serbien den Zugang zur Adria versperrt. Bereits von Beginn an lag somit das Schicksal der albanischen Frage mehr in der Hand äußerer denn innerer Kräfte. Auch heute kommt äußeren geopolitischen Konzeptionen eine entscheidende Rolle zu. Der albanische Faktor selbst erwies sich immer wieder als zu schwach, und gerade deshalb setzen die Albaner geradezu euphorisch auf die Macht der euroatlantischen Militärrallianz, endgültige Lösungen erzwingen zu können.

Das heutige Areal der Albaner umfaßt außer den 3,4 Millionen Einwohnern des „Mutterlandes“ die etwa gleiche Anzahl Albaner in den angrenzenden Ländern, vor allem die etwa 1,8 Millionen Albaner im Kosovo (das sind 90 % der dort ansässigen Bevölkerung bei einem in den letzten Jahrzehnten abnehmenden serbischen Bevölkerungsanteil), einige Zehntausend in Montenegro und Südserbien (*Sandžak*), etwa eine halbe Million Albaner in Mazedonien und eine mengenmäßig nicht zu erfassende Anzahl von Albanern, den *Camen* (Tschamen), in Nordgriechenland.

Die in Jahrzehnten angehäufte Konfliktmasse ist auf ethnisch-nationale, ethnisch-soziale und ethnisch-kulturelle Gegensätze zurückzuführen, die die Systemtransformation in der Region zu Beginn der 90er Jahre zunächst in Bahnen zwischennationaler Reibungen gedrängt haben. Heutige Spannungen können aber nicht vergessen machen, daß die Balkanvölker in ihrer unterschiedlichen politischen, kulturellen und religiösen Prägung über die Zeitläufe nicht nur gegeneinander existierten, sondern daß diese nicht zwingend zu dem neu entfachten Haß und Zwietracht hätten führen müssen. Sie wurden aber im Interesse von Macht und Einfluß instrumentalisiert. Warlords und neue Despoten aller Lager kultivierten Mythen und Geschichten vergangener Reiche, um nationalistische Zwietracht zu säen und den Ethnos vor das Demos zu setzen. Es ist nicht verwunderlich, wenn manche der legendenumwobenen Ereignisse wie die Schlacht auf dem Amselfeld 1389 und damit verbundene geschichtliche Ansprüche serbischer Besiedelung – Kosovo als „Wiege des Serbentums“ – wenig zur Erhellung des heutigen Konfliktszenarios beitragen können. Die Albaner setzen dem

entgegen, daß sie als Nachfahren der Illyrer bereits vor der slawischen Besiedelung in diesem Raum ansässig waren und mit ihrem Nationalhelden *Skanderbeg* im 15. Jahrhundert – den Serben ebenbürtig – das Christentum gegen die anrückenden Heere des Sultans verteidigten. In der jeweils einseitigen Geschichtsinterpretation gehen aber interessante Fakten unter, so auch die, daß die Mutter *Skanderbegs* eine Slawin war oder daß auf dem Amselfeld gemeinsam mit den Serben auch Albaner gegen die Türken kämpften. Heute, sechs Jahrhunderte danach, hassen sich und morden Serben und Albaner wie nie in ihrer Geschichte. Gespeist wird dieser Haß u. a. durch die von Generationen weitergetragene Erinnerung, dass sich serbisches Nationalgefühl in der Befreiung vom osmanischen Joch ausprägte, während sich die Bewegung der albanischen Wiedergeburt (*Rilindja*) zu Beginn dieses Jahrhunderts, also noch unter osmanischer Obhut, vor allem als Schutzschild gegen drohende Gefahren seitens der Nachbarn definierte, die eine albanische Staatsgründung verhindern wollten. In die Betrachtung gehören auch Aversionen der orthodoxen Serben gegen die mehrheitlich unter der Türkenherrschaft islamisierten Albaner, die zum Teil willfährige Titelträger der Pforte waren und in die Janitscharenfeldzüge gegen andere Balkanvölker verdingt wurden.

Die ungelöste Statusfrage im Kosovo mit der These von der gespaltenen albanischen Nation voranzubringen ist anzuzweifeln, vor allem da, wo albanische Politik den Zerfall der jugoslawischen Föderation zum Anlaß nimmt, die „Revision eines historischen Unrechts zu verlangen“.¹ Einen einheitlichen albanischen Nationalstaat hat es – mit Ausnahme der Episode eines Großalbanien unter italienischer und deutscher Okkupation im Zweiten Weltkrieg – nicht gegeben. Zu unterschiedlich verlief die Entwicklung in den von Albanern besiedelten Territorien in der Nachkriegszeit, als daß sich daraus mühelos das Maximalziel eines ethnischen Albanien ableiten ließe. Auch waren über lange Zeiten hinweg – Selbstisolierung Albaniens unter der *Hoxha*-Diktatur, völlig andere Lebensbedingungen der Albaner im *Tito*-Jugoslawien und die negierten Minderheitenrechte von Albanern in Nordgriechenland – wenig Anzeichen dafür vorhanden, von „einem einheitlichen Regionalkonflikt um die Albaner auf dem Balkan“² sprechen zu können. Die Verbundenheit der Albaner über die Grenzen hinaus erweist sich nicht als so tiefgreifend, wie das von albanischen Politikern unterstellt wird. Wiederholte Anstrengungen aus intellektuellen Kreisen *Tiranas* und *Pristinas* – etwa des albanischen Nationaldichters *Ismail Kadaré* und des Kosovo-Gelehrten *Rexhep Qosja* –, im Jahre 1991 eine auf nationaler Aussöhnung (*pajtim gjithëshqiptar*) beruhende Strategie zur Lösung der nationalen Frage zu entwickeln, scheiterte am Parteienstreit, der mehr auf Macht und Einfluß von Personen und Gruppen als auf die Umsetzung programmatischer Inhalte ausgerichtet blieb. Auch die im Oktober 1998 von der Akademie der Wissenschaften Albaniens vorgelegte Plattform für die Lösung der nationalen Frage ereilte das gleiche Schicksal. Das aktuelle Geschehen in der Region hat allerdings die Theoretiker überholt. Hatte die albanische Frage in der Vergangenheit durch die Eigendynamik der Entwicklungen im „Mutterland“, im Kosovo und in Mazedonien nur wenig grenzübergreifende Konsistenz aufgewiesen, so rückt der Exodus die Albaner als bedrohte Ethnie näher zusammen, und damit erhält auch der Vereinigungsgedanke neue Impulse.

Im Zuge der Internationalisierung der Kosovo-Problematik ist es nur folgerichtig, daß sich die internationale Gemeinschaft mit ihren Lösungsvorschlägen auf die Kernfrage der Deeskalation im Kosovo konzentrierte und eine Ausweitung des Konflikts in den südlichen Balkanraum mit unübersehbaren Folgen vermeiden wollte. In diese Richtung zielten die Vermittlungsbemühungen der Kontaktgruppe, der OSZE, EU und der UNO bis *Rambouillet*. Zweifellos gab es gute Gründe, auf eine Kompromißlösung zu setzen, die vor allem den

¹ Gramoz Pashko, Münchner Gespräche über Osteuropa, Ebenhausen 1995, Band 5, S.19.2

² G.-H. Ahrens, Das Augenmaß auf dem Balkan nicht verlieren, in: Das Parlament, 12. 4. 1996

Menschenrechtsverletzungen Einhalt gebietet und Kosovo substantielle Autonomierechte zugesteht. Indes, die Entwicklung verlief anders.

II. Erfolgloses Rambouillet

Der Ansatz der Kontaktgruppe, über entsprechenden Druck sowohl die Serben als auch die Kosovo-Albaner in *Rambouillet* zur Unterzeichnung des von ihr erarbeiteten Vertrages mit seiner politischen und militärischen Komponente zu veranlassen, muß als gescheitert angesehen werden. Beide Parteien waren mit Konzeptionen angereist, die wenig oder überhaupt keinen Spielraum zuließen. Hinzu kam nach dem Fehlschlag der vorangegangenen Pendeldiplomatie und den Vermittlungen der Troika *Hill*, *Petritsch* und *Majorski* die unmittelbare Einflußnahme der USA über *Madeleine Albright* und *Richard Holbrooke*, die auf bedingungslose Akzeptanz einer Implementierung von NATO-Truppen im Kosovo abzielte. Die Albaner ließen sich mit ihrer nur zögerlich vollzogenen Unterschrift auf einen Kompromiß ein, der die Forderung auf sofortige Unabhängigkeit durch eine in drei Jahren zu prüfende endgültige Statusregelung ersetzt. Diese bleibt nach dem *Rambouillet*-Text einer internationalen Konferenz vorbehalten, die auf der Grundlage „des Willens des Volkes, der Auffassungen der relevanten Behörden und der Anstrengungen der jeweiligen Parteien sowohl in bezug auf die Implementierung des Vertrages und auf die Helsinki-Schlußakte“ zu entscheiden hat. In der Frage der Implementierung durch NATO-Truppen blieben sie hingegen unnachgiebig. Für die serbische Delegation war bereits die Implementierung mit einer Stationierung und freien Bewegung von NATO-Truppen in ganz Jugoslawien inakzeptabel³. Stimulierend für die Ablehnung dürfte dabei das zeitliche Zusammentreffen mit den internationalen Entscheidungen zu *Brcko* gewesen sein. Die Absage an die von *Holbrooke* in letztem Augenblick unternommene Aktion, Serbien zu einer Unterschrift zu bewegen, löste dann die NATO-Einsätze gegen serbische militärische Stellungen aus. Serbien reagierte mit Vertreibungen albanischer Zivilbevölkerung aus dem Kosovo, die nichts anderes als ethnische Säuberung bedeuten und Anzeichen von gravierenden Menschenrechtsverstößen aufweisen.

Mehr und mehr gerieten *Rambouillet* und die Entwicklung danach unter die Regie der NATO und insbesondere der USA, die damit quasi zur dritten Konfliktpartei gerierte. In nicht unerheblichem Maße wurden dann die europäische Politik und die ursprünglichen Ansätze der Kontaktgruppe desavouiert. Kritische Stimmen zu den fortgesetzten Kampfeinsätzen aus dem Lager der Bündnispartner, etwa Italien oder Griechenland, nehmen zu. Auch Regierungskoalitionen wie in Deutschland sind dadurch einer ernsten Belastungsprobe ausgesetzt. Die verbale Rhetorik verdeckt nicht vorhandene und möglicherweise zunehmende Vorbehalte gegen die „Sinnhaftigkeit des Unternehmens“. Äußerungen dieser Art kamen sowohl von früheren Politikern wie *Kissinger* oder *Helmut Schmidt* als auch vom Vizepräsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, *Willy Wimmer*.

Bei aller Halsstarrigkeit des von *Milošević* zu verantwortenden Blockierens friedlicher Lösungen, die dem Kosovo weitgehende Autonomie mit entsprechenden Implementierungsmaßnahmen (letztlich auch im Interesse des Schutzes serbischer Interessen gegen albanische Extremisten) gewährleisten sollten, wurden die Androhung und die Durchsetzung von direkten Angriffen der NATO von den Serben als Akt nationaler Bedrohung und Demütigung empfunden. Anstelle der erhofften Isolierung *Milošević's* führte das zu größerer Geschlossenheit der serbischen Bevölkerung bis weit in die Kreise der Opposition hinein und stärkte einen Zusammenhalt auf nationalistischer Grundlage. Wie bereits vorher in Bosnien und Herzegowina ging *Milošević's* Konzept auf, mit der nationalistischen Karte zu spielen. Er

³ Siehe Artikel 8 im Annex B des Rambouillet-Vertrages.

ist es, der – auf Kosten seines Volkes – bisher das Gesetz des Handelns weitgehend bestimmen konnte. Für ihn waren NATO-Angriffe aus der Luft Anlaß, die Vertreibungsakte im Kosovo zu forcieren. Diese nahmen geradezu biblische Dimension an und schufen eine Szenerie menschlichen Elends, das sowohl die massenhaft Vertriebenen als auch die aus Angst vor Bomben Flüchtenden, Albaner und auch Serben, erfasste. Die Bilder vom zerstörten und entvölkerten *Pristina* belegen das.

Es ist auch *Milošević*, der die Uneinigkeit unter den Kosovo-Albanern vor und nach Rambouillet für sich zu nutzen versteht. *Rambouillet* hatte nur zeitweilig den Riß zwischen dem liberaleren Flügel unter *Ibrahim Rugova* und der militanten UÇK⁴ kitten können. Sofort danach brachen die alten Gegensätze zwischen friedlichem und gewaltsamem Widerstand gegen die Serben wieder auf. Die UÇK verurteilt die ihres Erachtens nicht legitimierte zivile Kosovo-Führung unter *Rugova*, sich in dieser Situation in den „Kellerlöchern von Pristina“ verschanzt zu haben, anstatt vor ihr Volk zu treten und es zum Kampf zu mobilisieren. Der medienwirksam inszenierte Auftritt *Miloševićs* gemeinsam mit *Rugova* am 1. April mit dem Appell an die NATO, die Angriffe unverzüglich einzustellen, hat – unabhängig vom Wahrheitsgehalt der ihm von serbischen Medien zugeschriebenen Äußerungen – die Geschlossenheit der Albaner weiter unterminiert. Starke Kritik aus der UÇK richtet sich auch gegen den im deutschen Exil weilenden bisherigen Premier der Kosovo-Schattenregierung, *Bujar Bukoshi*, der die von den Kosovo-Flüchtlingen gespendeten finanziellen Mittel nicht der UÇK zur Verfügung gestellt habe und eigene militärische Strukturen im Kosovo aufbauen wolle. Mit der selbsternannten UÇK -Regierung unter *Hashim Thaqi* bestehen nunmehr zwei rivalisierende Kosovo-Exil-Verwaltungen. Die tatsächliche Stärke der UÇK – insbesondere nach den jüngsten Kämpfen mit den serbischen Verbänden – ist von außen schwer zu verifizieren. Allein der Umstand, daß man Flüchtlinge zwangsweise rekrutiert und auf Rückkehrer aus dem Exil zurückgreift, die zum überwiegenden Teil über keine militärische Ausbildung verfügen und bereits nach zweiwöchiger Ausbildung in den Kampf geschickt werden, läßt auf große Lücken schließen. Offen bleibt bisher, inwiefern sich die UÇK zukünftig als politische Kraft profilieren kann, zumal in den weitgehend geheimgehaltenen Kommandostrukturen Kräfte der unterschiedlichsten politischen Couleur – von ehemaligen *Hoxha*-Anhängern und früheren JVA-Offizieren bis zu extremen Nationalisten – vertreten sind⁵, die unter den Bedingungen der Guerillataktik mehrfach eigenwillige und unabgestimmte Aktionen auslösten. Das äußere Erscheinungsbild der UÇK ist bisher unscharf. Einerseits präsentiert sie sich als konsequenter Sachwalter der Interessen des eigenen Volkes im Widerstand gegen die serbischen Repressionen, andererseits setzt sie eben diese Menschen durch ihre Anschläge aus dem Hinterhalt und Terrorakte den serbischen Vergeltungsschlägen aus.

III. Kosovo und seine südwestlichen Nachbarn

Die Veränderung der demographischen Karte Kosovos durch die ethnischen Säuberungen hat direkte Auswirkungen auf die Stabilität Albaniens, Mazedoniens und Montenegros. Alle drei Länder sind überfordert, die Flüchtlingswellen aus dem Kosovo aufzunehmen. Von Albanien und Mazedonien ausgehender Nachschub und die dort stationierte Logistik der NATO-Verbände erhöhen unweigerlich die Spannungen mit Serbien. Die ohnehin fragile Stabilität dieser Länder ist in unmittelbarer Gefahr.

Das offizielle *Tirana* unterstützt die NATO-Luftangriffe gegen Jugoslawien und betrachtet es als Erfolg, daß die albanische Frage noch nie so im Fokus internationaler Aufmerksamkeit gestanden hat wie in diesen Wochen. Man hatte nicht wenig getan, um die Kosovo-Delegation

⁴ Ushtria Clirimtare e Kosoves (Befreiungsarmee Kosovos).

⁵ Vgl. Stephan Lipsius, Untergrundorganisationen im Kosovo, in: Südosteuropa 47, 1989, S. 75 – 82.

in Rambouillet zur Unterschrift zu bewegen und Schulterschluss mit den Kosovo-Politikern einschließlich mit der UÇK zu demonstrieren. Die Albaner wännen sich im Schütze der stärksten Militärallianz und verweisen auf die Beistandsversicherungen der USA. Die albanische Regierung unterstellte inzwischen ihr gesamtes Territorium der NATO-Logistik.

In intellektuellen Kreisen klingt aber Sorge an, daß mit den NATO-Schritten eine Entwicklung eingeleitet wurde, deren Ausgang äußerst ungewiß ist. Sie befürchten, daß Kosovo als Manövriermasse für strategische Interessen bzw. Rivalitäten im Beziehungsgeflecht von USA-Westeuropa-Rußland erhalten könnte, die weit über die Region hinausreichen.

Albanien selbst kann nur bedingt eine integrierende Funktion für alle Albaner wahrnehmen. Mit seinen Staatskrisen 1997 und 1998, einer desolaten Wirtschaft und militärischer Schwäche bietet es keinen wirksamen Schutzschild für den Widerstand im Kosovo. Allenfalls nutzen Waffenhändler und Gewährsleute der UÇK das Grenzgebiet zum Kosovo als Hinterland und Rekrutierungsbasis, zumal die albanische Regierung bisher nicht die volle Kontrolle über ihr Territorium auszuüben vermag und aus patriotisch-nationalen Motiven heraus eine offene Konfrontation mit diesen Kräften scheut. *Tirana* war in der Vergangenheit im Bemühen um Einbindung in die europäischen Strukturen darauf bedacht, sich mit der Kosovo-Problematik nicht die Hände zu binden und nicht in kriegerische Abenteuer mit lebensbedrohlichen Gefahren verwickelt zu werden.

Zunächst beschränkte sich *Tirana* lange Zeit auf schwammige Formulierungen von der Gewährung der durch internationale Normen gestützten Menschen- und Minderheitenrechte für die Kosovo-Albaner, die über die Rückkehr zu einem weitgehenden Autonomiestatus unter internationaler Kontrolle oder über die Gewährung der Selbstbestimmung, jedoch ohne Abspaltung von der jugoslawischen Bundesrepublik bzw. von Serbien zu verwirklichen sind. Neben den bereits erwähnten Faktoren der Rücksichtnahme auf die Position der internationalen Gemeinschaft und der eigenen instabilen Lage wirken hierbei auch Vorbehalte hinsichtlich zukünftiger Vorherrschaftsansprüche der Kosovo-Politiker. Der Anspruch auf ein ethnisches Albanien unter Einschluß der von Albanern besiedelten Territorien tauchte wiederholt in Reden von Kosovo-Politikern auf und ist auch im Treueschwur der Angehörigen der UÇK verankert. Man ist sich in *Tirana* durchaus bewußt, daß für ein von radikalen nationalistischen Kräften unter den Albanern dies- und jenseits der Grenze mit Jugoslawien anvisiertes „Großalbanien“ mentale, politische, sozioökonomische und völkerrechtliche Voraussetzungen nicht gegeben sind. Die Stabilität des südlichen Balkans mit einer Gefährdung griechischer, mazedonischer bzw. bulgarischer Interessen wäre die Folge. Albanien ist aber bereits in die Eskalation verstrickt. Das „Mutterland“ kann der massenhaften Vertreibung der eigenen Brüder aus dem Kosovo nicht gleichgültig gegenüberstehen. Es nutzt die ohnehin knappen Ressourcen für eine Soforthilfe und baut im übrigen auf umfangreiche Hilfsmaßnahmen aus Westeuropa.

Erschwerend für die äußerst dramatische Lage des Landes sind die andauernden inneren politischen Reibungen. Die Opposition unter Führung des 1997 gestürzten *Präsidenten Sali Berisha* hat auch in dieser Phase höchster Anspannung für das Schicksal Kosovos und Albaniens nicht zu der von ihr selbst propagierten und von allen Parteien des Landes mitgetragenen Lösung „Eine Nation – eine Haltung“ gefunden. Am Vorabend der NATO-Aktion versammelte sie Tausende ihrer Anhänger, um Neuwahlen zu fordern und Maßnahmen der Regierung zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und zum Schutze der Grenze im Norden zu konterkarieren. *Berisha* nutzt die Schwäche der Mitte-links-Koalition, um seine Rückkehr zur Macht zu erzwingen. Seine Demokratische Partei verweigert auch weiterhin die Mitarbeit im Parlament und unterminiert somit die Stabilisierung der Lage. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß die gegenwärtige Regierung dem nicht standhalten wird.

Der vom Kosovo auf Mazedonien ausgehende Druck in Form albanischer Flüchtlinge und die Infiltration durch Kämpfer der UÇK können ein Auseinanderbrechen des ohnehin schwachen mazedonischen Staates bewirken, der ringsum von territorialen Begehrlichkeiten seiner Nachbarn bedroht ist. Die im Ergebnis der Parlamentswahlen vom Oktober/November 1998 installierte Regierung unter Führung der „Inneren Mazedonischen Revolutionären Organisation“ (VMRO) hat die Kooperation mit den Parteien des starken albanischen Bevölkerungsanteils fortgeführt. Die Stationierung der 1100 Unpredep-Soldaten⁶ an den Grenzen zu Albanien und Serbien verhinderte in der Vergangenheit größere Inzidenzen. Von größerer Brisanz ist jedoch die Anwesenheit der etwa 10.000 NATO *Extraction Forces*, zumal deren Mission durch den Abzug der OSZE-Verifikatoren aus dem Kosovo hinfällig geworden ist und Mazedonien befürchten muß, daß sie als Potential für den Einsatz von NATO-Bodentruppen in Serbien genutzt werden könnten. Die Albaner in Mazedonien genießen im Vergleich zu ihren Brüdern im Kosovo größere Mitsprache einschließlich bisheriger Regierungsbeteiligung. Aber auch hier gibt es Differenzen, ob die bisherige Ablehnung der Anerkennung der albanischen Minderheit als staatstragende Nationalität Grund für einen Boykott des mazedonischen Staates bis hin zur Abspaltung wäre. Bis dato obsiegt die verständigungsbereiten Kräfte und verhinderten somit eine gefährliche Eskalation. Die Aufnahme bzw. Verweigerung weiterer Kosovo-Flüchtlinge wurde zum Knackpunkt der Regierungskoalition zwischen der VMRO *Georgiewskis* und der Demokratischen Partei der Albaner (DPA) unter *Xhaferi*. Die von Mazedonien nach Südostalbanien gewaltsam abgeschobenen Kosovo-Flüchtlinge belasten das albanisch-mazedonische Verhältnis.

Auch Montenegro ist unmittelbar betroffen. Mit einem albanischen Minderheitenanteil von 8 Prozent hatte es bisher ein im wesentlichen geregeltes Nebeneinander gegeben. Die starken Flüchtlingsströme aus dem Kosovo überfordern jedoch das kleine Land. Dem prowestlich orientierten Präsidenten *Djukanovic* droht ein aus Belgrad gesteuerter Putsch serbischer Militärs, die *Milošević* ergeben sind. Dennoch: Die Loslösung Montenegros aus dem Verbund Serbiens deutet sich immer mehr an und wird eine der unmittelbaren Fragestellungen im Ergebnis der jetzigen Konfrontation in der Region sein.

Die Sicherung von Minderheitenrechten für die in Griechenland lebenden *Camen* ist die am wenigsten zu bewegende Tangente der albanischen Frage. Einmal ist die griechische Position auf Nichtanerkennung einer solchen Minderheit fixiert, zum anderen gibt es seitens dieser Menschen selbst keine sichtbare Identitätsbestimmung als Albaner, weil sie um ihre Lebensrechte in Griechenland bangen und nicht nach Albanien abgeschoben werden wollen.

Nicht unbeachtet darf auch der schwelende Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei bleiben. Potentiell besteht die Gefahr, daß sich beide Seiten im Kosovo-Konflikt jeweils für eine der Parteien engagieren – Griechenland für Serbien und die Türkei für die Albaner – und damit einem Balkankrieg größeren Ausmaßes Vorschub leisten. Andererseits verfügen beide Länder bei entsprechendem eigenen Willen über das Potential, mäßigend auf die Konfliktpartner einzuwirken und eine Ausweitung auf die südliche Balkanhalbinsel zu verhindern.

IV. Lösungsvarianten nach Rambouillet

Die albanische Frage in ihrer ganzen Breite bleibt unbeantwortet. Sie so zu lösen, wie das einst ihre Vordenker konzipierten, käme einer Revision der Ergebnisse des Ersten und des Zweiten Weltkrieges gleich. Aber das Kosovo-Problem drängt zu schnellen Lösungen. Eine völlig neue Konstellation bahnt sich an. Durch vollendete Tatsachen ist eine Aufspaltung des

⁶ United Nations Preventive Deployment Force.

Kosovo in einen serbischen nordwestlichen Teil und einen südöstlichen albanischen entlang der Grenze zu Albanien und Mazedonien mit einschneidenden Folgen für diese Länder nicht mehr ganz auszuschließen. Der starke Druck der Kosovo-Albaner nach Unabhängigkeit und Erhalt des Kosovo als kompaktes Gebiet wirkt dem entgegen. Das *Rambouillet*-Dokument verkam zur Makulatur. Es hat wesentliche Teile seiner Substanz eingebüßt, und eine Rückkehr zum Text ist nicht möglich, selbst wenn *Milošević* zum Einlenken gezwungen werden könnte. Aus heutiger Sicht wäre das nur durch dessen Kapitulation erreichbar. Auch für die kosovo-albanische Seite haben sich die Bedingungen, die ihre Unterschrift herbeigeführt hatten, geändert. Nach den massenweisen Vertreibungen und Gewaltakten an ihrer Zivilbevölkerung ist die Grundlage für eine Bereitschaft zur Autonomie im serbischen Staatsverband weiter unterminiert. Die Albaner werden zur Forderung nach unmittelbarer Loslösung, d. h. zur Unabhängigkeit, zurückkehren. Damit ist auch die Fortsetzung des bewaffneten Widerstandes der Albaner gegen Serbien vorprogrammiert, wobei die substantiellen Differenzen unter den Kosovo-Führern über Weg und Ziel vieles im unklaren belassen. Dennoch: Verhandlungsmasse aus dem *Rambouillet*-Dokument besteht fort.

Inwieweit die internationale Gemeinschaft zukünftig Einfluß nehmen kann, hängt zunächst davon ab, ob es zu einer Einstellung der Luftangriffe und zu einem Rückzug der NATO kommt oder ob die NATO sich zu einem Einsatz von Bodentruppen entschließen wird. Die euroatlantische Allianz ist in eine Sackgasse geraten. Die Hoffnung, daß sich in Serbien die Opposition gegen *Milošević* starkmachen würde, ist durch die Bombardierungen auf längere Sicht zunichte gemacht. Offen bleibt, wie sich Rußland verhalten wird, und ob es – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der eigenen Krisenlage – in der Lage sein wird, sich mit realen Lösungskonzepten einzubringen. Zunächst droht erst einmal die Gefahr einer Neuauflage west-östlicher Konfrontation, wie sie seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr bestanden hat. Die westliche Allianz selbst würde einer enormen Belastungsprobe ausgesetzt, deren Ausgang zweifelhaft ist.

Bei zunehmenden Verlusten der Amerikaner an Menschen und Material ist nicht auszuschließen, daß sie sich unter einem Vorwand zurückziehen und die kämpfenden Parteien unter sich lassen. Die in den USA laut gewordenen Pläne, der *UÇK* mit Waffen und Geld Ausgleich gegenüber der serbischen Militärmaschinerie zu verschaffen, deuten in diese Richtung. Die *UÇK* selbst strukturiert und formiert sich vom albanischen Territorium aus für bevorstehende Kämpfe im Terrain. Sie rekrutiert Kämpfer aus den Flüchtlingstrecks und Rückkehrern aus den westeuropäischen Fluchtländern, was eine quantitative, aber kaum auch qualitative Stärkung bedeutet.

Es bedarf somit eines völlig neuen Ansatzes, durch den die noch vorhandene Verhandlungsmasse aufgegriffen, jedoch von anderen äußeren Faktoren unterbreitet wird, die die Akzeptanz sowohl der Mehrheit der Serben als auch der Albaner finden. Dabei könnten die Balkan-Anrainerstaaten durchaus eine größere Rolle spielen. Vor allem aber sollten UNO, OSZE, die EU und die Kontaktgruppe bei der Vermittlung eine dominierende Rolle übernehmen.

Zukunftsvisionen sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur vage zu entwickeln, zumal noch offen ist, ob sich der Konflikt noch weiter ausdehnt oder ob zunächst ein Waffenstillstand erreicht wird, der in eine neue Verhandlungsphase mündet.

Das eigentlich Kontraproduktive: In der Politik der unmittelbaren Akteure, der Serben und der Kosovo-Albaner, sind gegenwärtig keine Neuansätze erkennbar. Unverrückbar fest erscheint allerdings die Tatsache, daß es eine Rückkehr zum Status quo ante, das heißt zur Lage vor einem Jahr, nicht geben wird. In der Betrachtung bleiben somit mehrere Varianten:

1. Autonomieregelungen – substantielle oder erweiterte, zumindest an die Rechte von 1974 anknüpfend – sind nur denkbar, wenn eine Rückkehr zu den Festlegungen erfolgt, die im

Oktober 1998 zwischen *Milošević* und *Holbrooke* vereinbart worden waren (Einstellung der Kampfhandlungen, Rückzug der serbischen Armee- und Polizeikräfte, Entwaffnung der UÇK) und die eine Rückkehr der OSZE-Verifikatoren ermöglichen. Es ist schwer vorstellbar, daß dies mit den gegenwärtigen Politikverantwortlichen in Serbien bzw. den UÇK-Kommandeuren erfolgen kann. Entsprechende Verhandlungen müßten unter der Kontrolle anderer internationaler Strukturen, etwa dem UNO-Sicherheitsrat bzw. vom UNO-Generalsekretär selbst, erfolgen und Statusfragen Jugoslawiens insgesamt berühren. Der Erhalt oder Verlust der jugoslawischen Souveränität über Kosovo ist bei dieser Variante der entscheidende Punkt.

2. Eine im Ergebnis des westlichen Drucks doch noch zustande kommende Unterschrift Serbiens unter das *Rambouillet*-Dokument würde unter Bedingungen erfolgen, unter denen Kosovo seine albanische Bevölkerung etwa zur Hälfte verloren hat. Damit könnten sich eventuell Serbien aber auch die NATO – nicht zuletzt mit Blick auf einen „Erfolg“ anlässlich des bevorstehenden 50. Jahrestages ihrer Gründung – einverstanden erklären, jedoch nicht die Albaner. Ein Großteil der Flüchtlinge würde in den benachbarten Ländern verbleiben, und es entstünde eine mit den Palästinensern vergleichbare Situation mit weiterem Sprengstoff für die Zukunft.

3. Die UÇK erhält – nach Abschluß der NATO-Angriffe auf serbische Ziele – militärische Unterstützung, um von ihrer bisherigen Guerillataktik zum direkten Kampf gegen die jugoslawische Armee gerüstet zu sein. Das menschliche Potential dafür ist auf beiden Seiten vorhanden. Aber es wäre ein Vernichtungskrieg, der nicht auf sich selbst beruhen würde, weil ihm bereits die äußere Intervention vorausging und Nachschub an Kriegsmaterial für beide Seiten von außen käme.

4. Der völlige Verzicht Jugoslawiens bzw. Serbiens auf das Kosovo im Gegenzug zu einer Einverleibung der „Republika Srbska“ (*Owen-Plan*) erscheint wenig wahrscheinlich, da damit das *Dayton*-Abkommen hinfällig wäre und neue Kämpfe um Bosnien-Herzegowina (kroatische Ansprüche auf „ihren“ Teil) ausbrechen würden.

5. Kosovo als dritte Republik neben Serbien und Montenegro im Rahmen der BRJ hätte mit Sicherheit weitere Autonomieforderungen, etwa der *Vojvodina* oder des Sandžak, zur Folge. Das würde die privilegierte Stellung *Belgrads* weiter beeinträchtigen, aber auch montenegrinische Rechte schmälern.

6. Die Spaltung des Kosovo, bei der sich Serbien den größeren nordwestlichen Teil einschließlich *Pristina* und das wirtschaftlich bedeutsame Gebiet um *Trepca* und *Mitrovica* einbehält und den südlichen Teil an der albanisch-mazedonischen Grenze den Albanern überläßt, die dann ihrerseits eine Unabhängigkeit unter internationalem Protektorat (eine Art *Gaza-Lösung*) erklären und ihre Verwaltungsstrukturen installieren. Inwiefern dieses Gebilde überlebensfähig sein wird und ob Tendenzen eines Zusammenschlusses mit Albanien bzw. den Albanern im angrenzenden Mazedonien zunehmen, wäre eine Frage der Zeit und würde den Bestand Mazedoniens akut gefährden. Da die Länder der Kontaktgruppe bisher das Unabhängigkeitsstreben strikt abgelehnt und Lösungen innerhalb der BRJ anvisiert haben, müßten sie sich entweder revidieren oder einen Konflikt mit den Albanern in Kauf nehmen.

Lösungen, die die beteiligten Parteien zufriedenstellen könnten, sind nicht in Sicht. Vielmehr geht es zunächst um international gestützte Maßnahmen mit vorrangig humanitärer und politischer Dimension, die weiteres Blutvergießen und ein Übergreifen des Konflikts auf die Region verhindern und die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre angestammte Heimat ermöglichen. Dazu könnte kurzfristig mit internationalen militärischen Kräften ein „humanitärer Korridor“ eingerichtet werden, der aus Mazedonien nach *Pristina* reicht und eine Versorgung der verbliebenen bzw. eine Rückkehr von geflüchteten Menschen ermöglicht. Die Initiative des Papstes geht in diese Richtung.

Für alle Lösungsoptionen wird es erforderlich sein, nunmehr nicht an der UNO und dem Sicherheitsrat vorbei, sondern in Übereinstimmung mit den völkerrechtlich verbriefen Normen zur Konfliktprävention, -vermeidung und -eindämmung internationale Schutztruppen im Territorium einzusetzen, die es sowohl der serbischen als auch der albanischen Seite erlauben, ihr Gesicht zu wahren, und die den Weg zu zivilisiertem Umgang der streitenden Parteien ebnen. Die internationale Gemeinschaft muß einen Ansatz finden, der anstelle immenser militärischer Mittel Aufbauhilfe für die Region gewährt. Es besteht kein Zweifel, daß Mittel für die Neuauflage einer Hilfe nach dem Vorbild des Marshallplanes weitaus geringer sein würden als die Fortsetzung der militärischen Maßnahmen.

Die Einrichtung eines internationalen Protektorats ohne klare Definition des politischen Zieles dieses zweifellos sehr kostspieligen und zeitaufwendigen Unternehmens bedeutet, das Kosovo zu administrieren und zu alimentieren. Es bliebe zweifelhaft, ob damit Stabilisierungs- und Demokratisierungschancen in einem Land gefördert würden, das zwischen zwei Ethnien tiefer gespalten ist als je in seiner Geschichte und wo der aufgestaute Haß über Generationen wirken wird. Aber fürs erste wird es nicht ohne ein solches Konstrukt gehen.

Warnungen vor einem militärischen Eingreifen von außen wurden in den Wind geschlagen. In einer Studie der Bundeswehr-Universität Hamburg wird resümiert: „Vergleicht man das Ausmaß der Probleme und Schäden durch eine Entscheidung zugunsten einer militärischen Intervention mit dem durch eine Dezsision gegen eine solche, erscheint dasjenige größer, das mit einer Intervention verbunden ist. Vor dem Hintergrund aufgezeigter politischer und völkerrechtlicher Konsequenzen sowie der Ungeklärtheit mittel- und langfristiger politischer Ziele eines militärischen Eingreifens massiver Art sind Rückschläge für die internationale Sicherheit zu befürchten, die das Unsicherheitspotential für die NATO, ihre Mitgliedsstaaten, für Europa und darüber hinaus in einem höheren Maße intensivieren und die bestehende Sicherheitsstruktur stärker belasten würden als die politischen und völkerrechtlichen Folgen eines Nichteingreifens.“⁷

Eine positive Strategie bestünde im Ineinandergreifen des Engagements von UNO, OSZE, EU, NATO und der „Partnerschaft für den Frieden“ einschließlich regionaler Friedensinitiativen als integratives Konfliktmanagement, das beide Konfliktparteien im Visier hat. Trotz aller Rückschläge und Belastungen könnte hierbei der in Bosnien-Herzegowina eingeschlagene Weg für ökonomische, soziale, politische, sicherheitspolitische und militärische Maßnahmen der Friedensstiftung, -erhaltung und -sicherung Schule machen. Die Einberufung einer internationalen Balkan-Friedenskonferenz wäre dafür ein geeignetes Instrument. Ob daran neben der Kontaktgruppe sämtliche Anrainerstaaten Jugoslawiens oder nur die südlichen Nachbarn hinzugezogen werden, müßte geklärt werden.

Der ehemalige Botschafter der Bundesrepublik in Jugoslawien, *Horst Grabert*, regte an, zur Lösung der Statusfrage des Kosovo Erfahrungen von Nordirland zu nutzen und eine Art supranationales Gremium zu schaffen, in dem neben den Regierungen Serbiens, Montenegros, Mazedoniens und Albanien die Sprecher der Kosovo-Albaner bzw. der Albaner aus den anderen ehemaligen jugoslawischen Territorien an einen Tisch kommen und friedliche Wege zur Konfliktbeilegung beraten.⁸

Die Demokratisierung Serbiens bleibt Prämisse für eine Beruhigung im Kosovo. Dabei sollten kompetente, verständigungsbereite Verhandlungspartner beider Seiten Ermunterung erfahren. Leider sind diese Stimmen heute noch in der Minderheit und werden – wie erst

⁷ August Pradetto, „Konfliktmanagement durch militärische Intervention? Dilemmata westlicher Kosovo-Politik“, in: Studien zur internationalen Politik, Heft 1/1998, S. 48/49, Hamburg.

⁸ Horst Grabert in: Freitag 19. 6. 1998.

jüngst durch das Verbot kritischer Presseorgane in Serbien – immer wieder mundtot gemacht. Nichtsdestotrotz wird auch in Serbien der Erkenntnisprozeß vorangehen, den der frühere serbische Präsident *Ivan Stambolic* treffend umrissen hatte: „Uns hat das historische Schicksal dazu verdammt, in diesem Raum zusammenzuleben. Ob wir in Frieden zusammen arbeiten oder uns in sinnlosen Kriegen niedermetzeln, das hängt nur von uns ab. Die dritte Alternative der sogenannten humanen Umsiedlungen, die faktisch eine ethnische Säuberung darstellt, ist die Variante der gegenseitigen Vernichtung.“⁹

Wenn der stellvertretende serbische Ministerpräsident *Draskovic*, der in der Vergangenheit stark nationalistische Positionen vertreten hat, in diesen Tagen kundtut, daß im Kosovo Platz für alle Nationalitäten sei und diese in Frieden zusammenleben könnten, ist das ein Stück Erkenntnis, die allerdings noch nicht von der serbischen Politik mitgetragen wird.

Die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft ist immens. Um so mehr bedarf es gründlicher Prüfung von Verhandlungsansätzen. Der Balkan muß und darf kein Pulverfaß bleiben!

Peter Schubert

April 1999

⁹ Ivan Stambolic, Außer dem Verlust der Schlacht auf dem Amselfeld können wir auch Kosovo selbst verlieren, in: Koha jone (alb.), 18. 3. 1996